

Referat am SVP Bezirksparteitag 19.05. 2011 in Brittnau

Zuwanderung - das Problem Nummer 1

Der Flüchtlingsstrom aus Nordafrika wird zunehmend ein Problem für Europa und auch für die Schweiz. Frankreich blockierte in den vergangenen Wochen Züge aus Italien, weil Wirtschaftsmigranten aus Nordafrika ins Land strömen. Die Grenze zu Italien wird durch Frankreich wieder kontrolliert.

Italien weigert sich das Dubliner Abkommen korrekt anzuwenden. Sie haben damit begonnen, Zuwanderer aus Tunesien die vorläufige Aufnahme zu gewähren und ihnen damit auch faktisch die Reisefreiheit in Europa zu ermöglichen.

In der Schweiz herrscht seitens der Behörden zu den aktuellen Entwicklungen Funkstille. Es vergeht zwar kein Tag, an dem Justizministerin Somaruga nicht ankündigt wo sie überall durchgreifen will. Aber das sind nur Worte...

Erlauben Sie mir deshalb einige Fakten zur schweizerischen Einwanderungspolitik.

Die Zahlen der Einwanderung sind schwindelerregend: Die Schweizer Bevölkerung ist Ende 2010 auf 7'866'500 Personen angewachsen. Gegenüber 1910 hat sich die Bevölkerung schlicht und einfach verdoppelt. Das Bundesamt für Statistik rechnet bis 2035 mit rund 10 Millionen Einwohnern als direkte Folge der unkontrollierten Zuwanderung

Was sind die Gründe für diese markante Zunahme? Sie ist in erster Linie einwanderungsbedingt. Die Nettoeinwanderung lag im Jahr 2010 bei 68'000 Menschen. Hinzu kommen demographische Veränderungen aufgrund der höheren Geburtenrate von Ausländerinnen gegenüber Schweizerinnen (1,82 zu 1.40). Mittlerweile liegt der Ausländeranteil bei stolzen 22,5%. Dies ist einer der weltweit höchsten Ausländeranteil. Unser Bevölkerungswachstum ist für Europa einmalig.

Für Serge Gaillard vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) und ehemaligen Gewerkschaftsboss ist die Zuwanderung offenbar kein Problem: Wenn die Schweizer Wirtschaft wachsen soll, brauche es Einwanderung. Die Bevölkerung müsse dies akzeptieren.

Praktisch alle Parteien sagen, dass sich mit der Zuwanderung unsere AHV sichern liesse. Sie vergessen dabei aber, dass diese auch einmal einen Anspruch auf die AHV und andere Sozialversicherungen haben.

Es wird immer deutlicher, dass die Folgen einer Zuwanderung in der Grössenordnung wie wir sie in den vergangenen Jahren erlebt haben, gravierend sein werden. Der Wanderungssaldo, das ist die Differenz zwischen Ein- und Auswanderungen, betrug allein in den letzten vier Jahren über 330'000 Personen. Dies entspricht in etwa der Einwohnerzahl des Kantons Tessin. Welche Folgen dies auf Infrastrukturen, Mieten, Bodenpreise, Raumplanung, Energieverbrauch, Schulen, Gesundheitswesen oder Sozialwerke hat, wird nun nach und nach zum Diskussionsthema. Sogar die linken sehen das Debakel langsam ein. Nimmt man das Bevölkerungswachstum zwischen 1990 und 2010 von rund einer Million Personen als Massstab, resultierte allein daraus beispielsweise eine massive Zunahme des Energiebedarfs. Ebenso wären für die Schweiz ohne diese Bevölkerungszunahme die Klimaziele problemlos zu erreichen.

Beim Wanderungssaldo ansetzen

Die SVP plant deshalb, mit einem Vorstoss beim Wanderungssaldo anzusetzen. Dieser soll begrenzt werden. Zur Diskussion stehen verschiedene Varianten, mit Werten von 0,2 bis 0,5%. Dies würde eine markante Reduktion der Zuwanderung gegenüber den letzten Jahren bedeuten, aber trotzdem einen begrenzten Zuwachs aufgrund von wirtschaftlichen Bedürfnissen ermöglichen. Ebenso klar ist aber, dass diese Diskussion nicht ohne den Einbezug der Personenfreizügigkeit mit der EU erfolgen kann. Rund 70% der Zuwanderung erfolgt heute aus den EU-Staaten. Eine Neubeurteilung der Personenfreizügigkeit drängt sich deshalb auf.

Mit der Freizügigkeit erfolgt auch die vollumfängliche Gleichstellung mit allen Schweizern auf dem Arbeitsmarkt und insbesondere die Gleichstellung bezüglich der Ansprüche auf unsere Sozialwerke.

Immer deutlicher zeigen sich indes Risse in der amtlichen Einwanderungseuphorie: Die Städte Genf und Basel sind schon heute dichter besiedelt als Berlin, Wien oder München. Pro Sekunde werden in der Schweiz 1,3 m² Kulturland verbaut. Der Energiebedarf der Bevölkerung steigt jährlich trotz laufender Effizienzsteigerung. Zunehmendes Verkehrsaufkommen strapaziert die vorhandenen Kapazitäten von Strasse und Schiene. Staus namentlich in Agglomerationen sind die Folge. In der Schweiz wird es eng.

Der amtlichen Einwanderungseuphorie fehlt je länger je mehr der Realitätsbezug. Zuwanderung und Bevölkerungswachstum verschlingen die vorhandenen Ressourcen. Schweizer Boden ist aber keine flexible, wachsende Ressource, sondern ein rares und nicht vermehrbare Gut.

Aus den zahlreichen Problemen mit der grenzenlosen Zuwanderung kann nur eine Schlussfolgerung gezogen werden: Die Schweiz muss ihre Handlungsfähigkeit im Migrationsbereich so schnell wie

möglich zurückgewinnen. Der Schlüssel dazu liegt meiner Ansicht nach bei den offenen Grenzen als Folge des Schengen-Abkommens.

Daher stelle ich folgende Forderungen zur Asylpolitik

1. Das 2006 von Volk und Ständen angenommene Asylgesetz endlich konsequent durchgesetzt werden.
2. Mit unverzüglichen Gesetzesrevision müssen die Verfahren massiv beschleunigt und die Rechtsmittel nicht weiter ausgebaut werden. Nur so kann das Asylproblem gelöst und nicht weiter bürokratisch vor sich her geschoben werden, wie dies jetzt Bundesrätin Sommaruga tut.
3. Ausschaffungen in afrikanische Drittstaaten müssen mit bilateralen Abkommen ermöglicht werden. «In erster Linie wollen wir das Problem mit den Nigerianern lösen. Sie haben letztes Jahr mit fast 1'800 Asylgesuchen am meisten Anträge gestellt – 99,5 Prozent von ihnen ohne die geringste Chance, in der Schweiz bleiben zu können. Sie kommen ganz klar nicht als Flüchtlinge hierher, sondern um illegale Geschäfte zu machen.»
4. Der Bundesrat muss mit einem dringlichen Bundesbeschluss verhindern, dass weiter so genannte Dienstverweigerer aus Eritrea kommen. Die Asylrekurskommission hat 2005 entschieden, dass die Schweiz Dienstverweigerer aus dem afrikanischen Eritrea nicht nach Hause schicken darf. Seither strömen zahlreiche junge Männer in die Schweiz, die sich als Dienstverweigerer aus Eritrea ausgeben. Rückschaffungen müssen so vorbereitet werden, dass es nicht zu ebenso vergeblichen wie teuren Flügen kommt. Sogenannte Härtefallkommissionen in einzelnen Kantonen stiften nichts als Verwirrung und sind abzuschaffen.
5. Müssen wegen des Scheiterns von Schengen/Dublin die Kontrollen vor allem in unserem südlichen Grenzraum, ebenso in den Zügen aus Italien, verschärft und nötigenfalls durch Militär unterstützt werden.
6. Die Kontrollen an der Grenze zu Italien müssen intensiviert werden, um die Lampedusa-Route in den Griff zu bekommen.
7. Es sind nur noch erstinstanzliche Entscheide statt des heutigen komplizierten Asylverfahrens zuzulassen.

Die anderen handeln - die Schweiz schaut zu

Ebenso wenig konkret wie die Vorstellungen von Bundesrätin Sommaruga in der Asylpolitik, sind die Informationen, welche die Bürgerinnen und Bürger rund um die sich zuspitzende Problematik mit den Wirtschaftsmigranten aus Nordafrika erhalten. Man stellt lediglich fest, dass die Nachbarländer reagieren und ihre Grenzkontrollen intensivieren. Dies offenbar mit gutem Grund. Die Zahl der Grenzübertritte steigt rapide an.

Das Verhalten Frankreichs und Italiens zeigt aber auch, dass Schengen/Dublin ein Schönwetter- und Schöngeist-Projekt ist, das keiner Krise Stand hält.

Wenn die Schweiz nun nicht rasch und eigenständig auf die sich zuspitzende Situation reagiert, werden wir in einigen Wochen unweigerlich vor einem Berg von neuen Asylgesuchen stehen. Leidtragende werden dann einmal mehr die Kantone und Gemeinden sein, welche den überforderten Bundesbehörden aus der Patsche helfen müssen. Denn der Bund ist heute weder in der Lage, eine grössere Zahl von Asylsuchenden zentral aufzunehmen und deren Gesuche speditiv zu behandeln, noch hat er die dringend notwendige Straffung und Beschleunigung der Verfahren rechtzeitig aufgegleist. Damit treten die Folgen der Laisser-faire-Politik der vergangenen Jahre im Asylbereich deutlich an die Oberfläche.

Ein Schriftsteller, dessen Namen mir entfallen ist, hat die Probleme der Zuwanderung konkret auf den Punkt gebracht: „**Wenn das Problem der Überbevölkerung nicht gelöst wird, dann werden auch alle anderen Probleme unlösbar.**“

Gerade daher müssen wir dieses Problem nun konsequent angehen und lösen. Und darum muss die SVP bei den diesjährigen Wahlen nochmals stärker werden.